

Die Leitende Oberstaatsanwältin in Kiel
Postfach 7102 | 24171 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Herrn Dr. Patrick Breyer
- persönlich -
Landeshaus
Postfach 7121
24171 Kiel

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: 590 AR 302/17
Meine Nachricht vom:

Telefon: 0431 604-
Telefax: 0431 604-

04. Mai 2017

**Vorprüfung wegen des möglichen Verdachts einer Straftat
gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 5 VereinsG**

Ihre Twitter-Mitteilung vom 20. Februar 2017 („Rocker-Kutten bei der Polizei verschwunden“)

Anlage
1 Blattsammlung

Sehr geehrter Herr Dr. Breyer,

anliegend überreiche ich, wie von Ihnen mit E-Mail vom 18. April 2017 erbeten, Ablichtungen der Unterlagen aus dem hiesigen Vorprüfungsverfahren, die meiner Behörde seitens des Landeskriminalamts Schleswig-Holstein zur strafrechtlichen Bewertung vorgelegt worden sind.

Entsprechend Ihrer E-Mail vom 18. April 2017 habe ich den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages von dem zugrunde liegenden Prüfvorgang unterrichtet.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Leitende Oberstaatsanwältin

Von: W [REDACTED] (LKA 2)
Gesendet: Dienstag, 28. März 2017 14:31
An: O [REDACTED] (StA Kiel)
Betreff: WG: Fachliche Nachfrage

Hallo Herr O [REDACTED]

so wie eben telefonisch besprochen, übersende ich Ihnen den Mailverkehr zu dem in Rede stehenden Sachverhalt.
Der Screenshot zeigt den Tweet von Herrn Breyer, es handelt sich um einen Link mit einem Bild einer Bandidos-Kutte zur Ausgabe der Bildzeitung vom 15.03.2017, Kuttendiebstahl im LKA. Die Änderung des Vereinsgesetzes ist am 16.03.2017 in Kraft getreten und der Tweet stammt vom 20.03.2017. Ich habe einige Gedanken dazu in der Mail an Herrn F [REDACTED] zusammengefasst.
Lt. Internet gibt der Herr Breyer seinen Wohnort mit Kiel an, sodass aus meiner Sicht Ihre StA für einen Kennzeichenverstoß nach § 20 Abs. 1 Ziff. 5 VereinsG gem. § 74a Abs. 1 Ziff. 4 GVG zuständig sein müsste.

Ich bitte um Prüfung, wie mit dem Sachverhalt umgegangen werden soll.

Mit freundlichen Grüßen



Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten
des Landes Schleswig-Holstein

Landeskriminalamt SH
Dezernat 21, Leiter SG 214
Mühlenweg 166, 24116 Kiel
Tel.: 0 [REDACTED]
Fax: 0 [REDACTED]
Email: [REDACTED]@polizei.landsh.de

1. VereinsG:
- a) Die nachfolgenden E-Mails selbst Anzeigen sind der StA Kiel durch das LKA S-H am 1.4.17. Prüfung einer etwaigen strafrechtlichen Relevanz der Veröffentlichung des Abgeschnitts an Breyer vor dem Hintergrund der aktuellen Situation des VereinsG zugeordnet worden.
 - b) Nach Rücksprache des UG mit LKA S-H in [REDACTED] ist der Vorgang als PR-Ereignis („Abgeschnitt“) anzutragen.

30. März 2017 Als neue PR-Ereignis in Abt. 59/OKZ 10408 anzutragen.

3. Wulff

28/3/17

2

Von: W [REDACTED] (LKA 2)
Gesendet: Freitag, 24. März 2017 13:50
An: F [REDACTED] (LKA 2)
Betreff: WG: Fachliche Nachfrage

So wie gerade besprochen!

Grundsätzlich würde ich voranstellen wollen, welches Ziel und welchen Zweck die Norm verfolgt:

Kennzeichen verbotener Vereinigungen sowie solche, die mit denen eines bereits verbotenen Vereins im Zusammenhang stehen, sollen von anderen Gruppierungen im Bundesgebiet nicht mehr weiter genutzt werden. Durch die Gesetzesänderung wird das Kennzeichenverbot praxistauglich ausgestaltet, da die Polizei in Bund und Ländern zukünftig allein anhand objektiver Kriterien feststellen kann, ob ein Verein ein Kennzeichen in wesentlich gleicher Form verwendet wie der verbotene Verein. Dadurch kann das Kennzeichenverbot effektiver durchgesetzt werden.

Die Gesetzesänderung zielt vor allem auf solche Fälle der Verwendung von Kennzeichen verbotener Vereine durch selbständige Schwestervereine ab, bei denen die jeweilige Orts- oder Untergliederungsbezeichnung ausgetauscht wird. Das in § 9 VereinsG geregelte Kennzeichenverbot soll somit Gefahren abwehren, die allein mit dem äußeren Erscheinungsbild solcher Kennzeichen verbunden sind.

Kommen wir zu den möglichen Ausnahmen:

Gem. § 9 Abs. 1 Satz 2 VereinsG sind ausgenommen die Verwendung von Kennzeichen im Rahmen der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen und ähnlicher Zwecke. Die ersten beiden Ausnahmetatbestände kommen hier sicherlich nicht zum Tragen, das Tatbestandsmerkmal der ähnlichen Zwecke ist sehr unbestimmt.

Aus dem Zusammenhang ergibt sich jedoch, dass es sich um Zwecke handeln muss, denen ein allgemeines Interesse offensichtlich zuzubilligen ist. Dies ist beispielsweise bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Fall. Wirtschaftliche Motive reichen indes nicht.

Ab dem Zeitpunkt der Unanfechtbarkeit des Verbotes richtet sich das Kennzeichenverbot grundsätzlich nach § 86 a StGB. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 86a Abs. 1 Nr. 1 StGB sind jedoch nicht erfüllt, weil der Verein Bandidos MC Probationary Chapter Neumünster keine Vereinigung im Sinne von § 86 Abs. 1 Nr. 2 StGB darstellt; er ist zwar verboten, aber nicht, weil er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet. Soweit die gegen den Verein "Bandidos MC Probationary Chapter Neumünster" gerichtete Verbotsverfügung vom 21. April 2010 zunächst diese Feststellung enthielt, ist sie insoweit durch Urteil des Obergerichtes Schleswig aufgehoben worden.

Es bleibt somit den Strafgesetzen zuwiderlaufend, nun also eine Zuwiderhandlung gem. § 20 Abs. 1 Ziff. 5 i.V.m. § 20 Abs. 1 Satz 2 VereinsG.

In dem Gesamtbetrachtungskontext würde ich aber die §§ 86 und 86a StGB trotz der zuvor getätigten Feststellungen nicht außer Acht lassen wollen. § 86a Abs. 3 verweist auf § 86 Abs. 3 StGB. Demnach greift der Ausnahmetatbestand, wenn das Kennzeichen oder die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der

Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.

Diese Formulierungen machen deutlich, dass hier eine Anlehnung wechselseitig in den Gesetzen vorgenommen wurde und somit auch diese genannten Merkmale zum Tragen kommen können, insbesondere die Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens (Kuttendiebstahl im LKA).

Der Herr Breyer hat ja nun im vorliegenden Sachverhalt einen Bericht der Bild-Zeitung vom 15.03.2017 verlinkt und das dort abgebildete Foto der Bandidoskutte mit den seit dem 16.03.2017 verbotenen Insignien per Screenshot via Twitter am 20.03.2017 öffentlich verwendet. Er hat somit etwas verwendet, was in der Bildzeitung dargestellt werden durfte und daraus per Tweet quasi zitiert. Hier könnte zumindest ein *ähnlicher Zweck* der oben genannten Ausnahmetatbestände zum Tragen kommen und wir haben auch nicht die Grundintention der Norm erfüllt. Darüber hinaus möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass es sich bei § 9 VereinsG um eine polizeiliche Vorschrift handelt, die den Polizei- und Ordnungsbehörden die Möglichkeit gibt, zur Gefahrenabwehr einzuschreiten. Wenn sich aus den Umständen des Einzelfalls ergibt, dass das vom einzelnen Verein verwendete Kennzeichen doch nicht geeignet ist, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, für die strafbaren Aktivitäten des verbotenen Vereins zu stehen oder ein polizeiliches Einschreiten aus anderen Gründen unverhältnismäßig wäre, kann die Polizeibehörde von einem Tätigwerden nach der polizeilichen Generalklausel absehen. Das verwendete Kennzeichen erfüllt sicherlich die beschriebenen Anforderungen, jedoch wird es nicht in der Form verwendet, die ursprünglich Ziel und Zweck der Norm war, es sei denn, wir würden unterstellen, dass Herr Breyer einem Schwesterverein angehören würde. Darüber hinaus „zitiert“ er quasi aus einem legal veröffentlichtem Medium, sodass aus hiesiger Sicht eine Verfolgung dieser Handlung nur wenig Aussicht auf Erfolg hat und wir ihm diese Plattform der öffentlichen Nutzarmachung vor dem Wahlkampf nicht geben möchten, wozu er eine Anzeige und deren Bearbeitung und Verfolgung sicherlich nutzen würde. Des Weiteren gibt es bisher 4 „Retweets“ zu seinem Tweet, sodass sich die Verbreitung hierüber noch in einem sehr überschaubaren Rahmen bewegt. Dieses steht in einem krassen Missverhältnis zu der Verbreitung und dem sich „Zugänglichmachen“ des Ursprungsartikels über die Bild Zeitung.

Natürlich bleibt diesem Votum unbenommen, selbst eine Anzeige zu erstatten, von Amts wegen würden wir dieses nicht vornehmen wollen.

W

Von: S [REDACTED] (LPA LSt 4)

Gesendet: Mittwoch, 22. März 2017 07:42

An: Kiel LKA Pressestelle

Betreff: Fachliche Nachfrage

Guten Morgen,

ich bitte um Klärung, ob aufgrund der bildhaften Darstellung und Veröffentlichung des „Top Rocker“ „Bandidos“ im beigefügten Tweet des MdL Breyer eine Strafbarkeit gem. §§ 9 Abs. 3 und 20 Abs. 1 Satz 2 VereinsG gegeben sein könnte. Der Erlaubnistatbestand nach § 9 Abs. 1 VereinsG („staatsbürgerliche Aufklärung“) ist meines Erachtens nicht gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten Schleswig-Holstein
Landespolizeiamt
Leitungsstab 4 / Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Mühlenweg 166
24116 Kiel

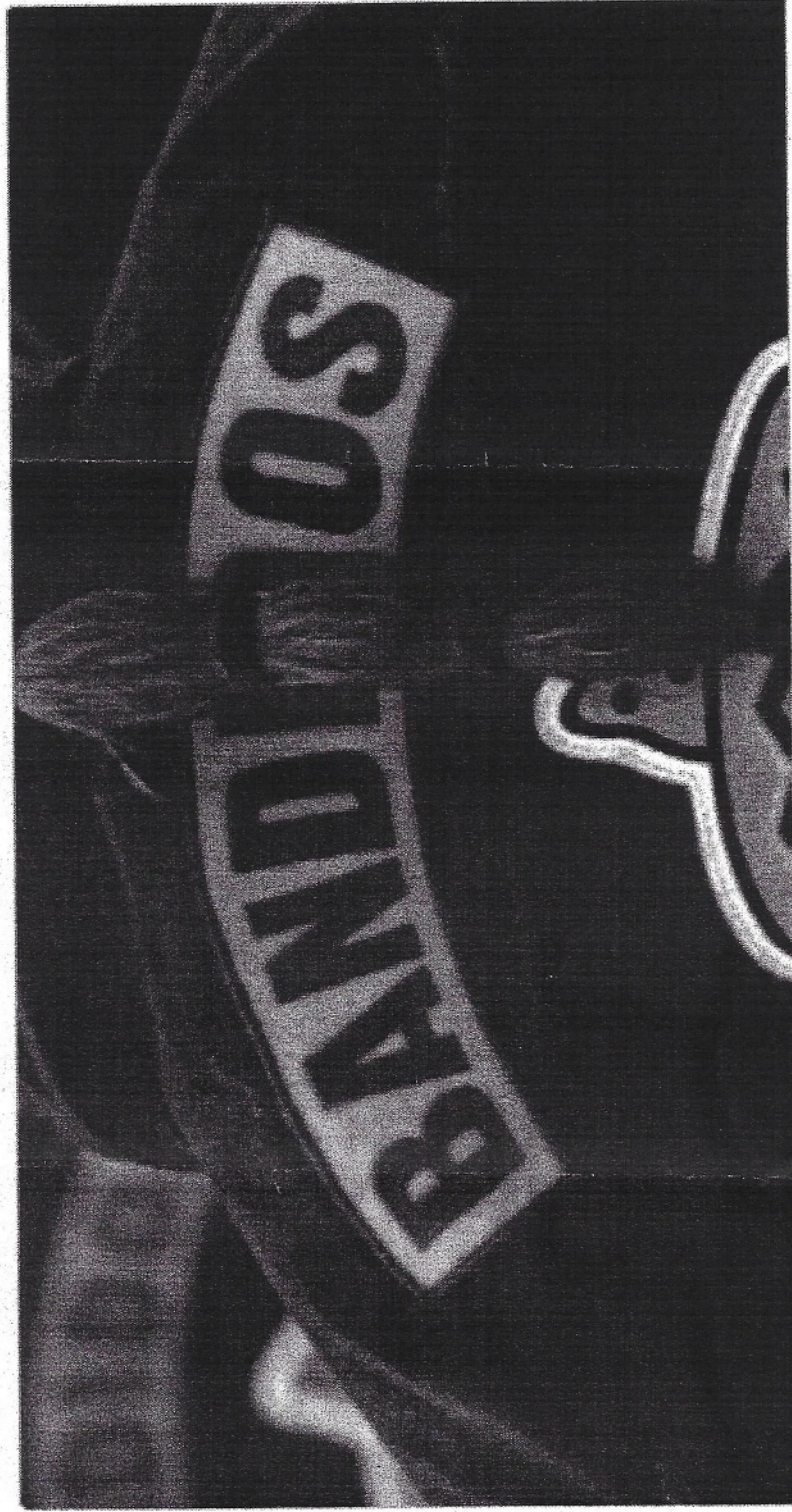
[REDACTED]

www.polizei.schleswig-holstein.de



Patrick Breyer 
@patrickbreyer

Auch bei der Polizei wird geklaut: bild.de/regional/hambu...
Fälle von Datenmissbrauch: daten-speicherung.de/index.php/fael...



Rocker-Kutten bei Polizei verschwunden
Wo liegt wohl der Schlüssel zur Asservatenkammer?
bild.de